

Die **Saxo Bank** hat einen neuen Großaktionär. **Geely**, der chinesische Eigentümer von Volvo, expandiert in die Finanzdienstleistungsbranche und übernimmt 25,7 Prozent der Anteile an der dänischen Bank von Saxo-Mitbegründer Lars Seier Christensen.

**Axa** will mit einem Teil seines amerikanischen Geschäfts mit Lebensversicherungs- und Sparprodukten in New York an die **Börse** gehen. Der französische Versicherer legt dazu diese Sparte mit seiner Beteiligung am Vermögensverwalter **Alliance Bernstein** zusammen. Einen Minderheitsanteil davon will Axa bis Mitte 2018 bei Investoren platzieren, wie das Unternehmen mitteilte. Der Börsengang soll nicht vor Anfang 2018 erfolgen.

Die italienische **Ubi Banca** hat, wie seit Anfang des Jahres angekündigt, die drei angeschlagenen mittelitalienischen Banken **Banca Marche**, **Banca Etruria** und **CariChieti** für den symbolischen Preis von einem Euro übernommen. Zuvor pumpete der italienische Bankenrettungsfonds 450 Millionen Euro in die drei kriselnden Institute, die außerdem faule Kredite im Volumen von 2,2 Milliarden Euro an den staatlichen Fonds Atlante verkaufen.

Die **EU-Mitgliedsstaaten** haben der neuen europäischen **Prospektverordnung** zugestimmt. Um vor allem SMEs und Start-ups zu entlasten, sieht das neue Prospektrecht jetzt vor, dass kleinere Finanzierungen und Crowdfunding-Projekte bis zu einem Volumen von einer Million Euro von der Pflicht zur Veröffentlichung eines Prospektes befreit werden. Zwingend notwendig wird ein Prospekt erst ab einer Finanzierung von acht Millionen Euro, bisher hatte die Grenze bei fünf Millionen Euro gelegen. Als eine weitere Neuerung sollen die Prospektzusammenfassungen kürzer ausfallen und in einer leichter verständlichen Sprache verfasst werden. Der Einigung hatten das **EU-Parlament** und die europäischen Organisationen schon im Dezember zugestimmt (ZfGK 2/2017).

Das **International Accounting Standards Board (IASB)** hat den neuen Rechnungslegungsstandard für die einheitliche Bilanzierung von Versicherungsverträgen herausgegeben. Die einheitliche Grundlage IFRS 17 wird die seit zwölf Jahren geltende Zwischenlösung IFRS 4 ersetzen, bis zur völligen Umsetzung wird es jedoch noch drei Jahre dauern.

**23. Mai 2017  
bis  
7. Juni 2017**

Der **Bundesrat** hat das „Gesetz zur Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie und zur Änderung handelsrechtlicher Vorschriften“ gebilligt. Es soll Kreditengpässen und Rechtsunsicherheiten entgegenwirken, indem vorsorglich Instrumente geschaffen werden, mit denen die **Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)** den Kreditgebern bestimmte Mindeststandards für die Vergabe von Neukrediten für den Erwerb oder Bau von Wohnimmobilien vorgeben kann. Das Gesetz kann nach Unterzeichnung durch den Bundespräsidenten in Kraft treten.

Die Vorstände der **Vereinigten Volksbank Mainingau** und der **Frankfurter Volksbank** haben einen Kooperationsvertrag mit dem Ziel eines Zusammenschlusses im laufenden Jahr unterzeichnet. Die getroffenen Regelungen treten ab sofort in Kraft. Die beiden genossenschaftlichen Institute pflegen seit vielen Jahren einen Austausch im Rahmen der Ausbildungsgemeinschaft Frankfurter Volksbanken und eine punktuelle und projekthafte Zusammenarbeit. Durch die Fusion entsteht eine Volksbank mit einer Bilanzsumme von etwa 11,1 Milliarden Euro, die zum viertgrößten Primärinstitut der Genossenschaftsbanken aufsteigt.

Die **R+V** will in den nächsten Jahren jährlich rund 100 Millionen Euro in Digitalisierungsprojekte investieren. Intern wurden bereits seit einigen Monaten Innovation Labs, Denk-Werkstätten und Hackathons etabliert, um die Innovationskraft des Unternehmens zu stärken. Die R+V ist Partner beim neu gegründeten Insurlab Germany, in dem innovative Start-ups im Versicherungsumfeld auf Wissenschaft, Mittelstand und Großunternehmen aus ganz Deutschland treffen sollen, um sich über versicherungsrelevante Themen auszutauschen.

Die **BAWAG** führt derzeit Gespräche, die **Südwestbank** zu 100 Prozent zu übernehmen. Die österreichische Bank erhofft sich dadurch einen ersten Schritt in Richtung europaweiter Expansion. Die Parteien haben über den Verkaufsprozess und -preis Still-

schweigen vereinbart. Die Transaktion soll, vorbehaltlich der Zustimmung der Wettbewerbshüter, bis Jahresende abgeschlossen sein.

Die **Deutsche Bank** und die **China Development Bank (CDB)** haben in der Absichtserklärung die Zusammenarbeit in der Initiative „Neue Seidenstraße“ („One Belt, One Road“, OBOR) erklärt. Die Absichtserklärung sieht vor, in den nächsten fünf Jahren insgesamt drei Milliarden US-Dollar zur Verfügung zu stellen, um Projekte zu unterstützen, die den Kunden beider Banken nützen – zum Beispiel die gemeinsame Kreditvergabe und die Projektfinanzierung. Die **DZ Bank** und die größte staatliche Förderbank der Volksrepublik China, haben ebenfalls eine strategische Kooperation zur Stärkung deutscher Investitionen in China und chinesischer Investitionen in Deutschland vereinbart. Darüber hinaus steht die Begleitung mittelständischer Firmenkunden ins jeweils andere Land im Fokus.

Die Vertreterversammlungen der **Kölner Bank** und der **Volksbank Bonn Rhein-Sieg** haben mit einer breiten Mehrheit für die Fusion der beiden genossenschaftlichen Institute gestimmt. Der Zusammenschluss soll nun rückwirkend zum 1. Januar 2017 vollzogen werden. Mit über 200 000 Kunden, 110 000 Mitgliedern und einer Bilanzsumme in Höhe von knapp 5 Milliarden Euro gehört die neue Volksbank Köln Bonn künftig zu den großen Genossenschaftsbanken in Nordrhein-Westfalen.

Die **Europäische Kommission** hat Überarbeitungen der Verordnungen über **Europäische Risikokapitalfonds (EuVECA)** und **Europäische Fonds für soziales Unternehmertum (EuSEF)** beschlossen. Ziel dieser Reformen war es, den Zugang kleiner und in der Wachstumsphase befindlicher Unternehmen sowie sozialer Unternehmen zu Finanzierungsmitteln zu verbessern. Die Neuerungen umfassen unter anderem die Ausweitung der Anlagemöglichkeiten für Fonds, Erweiterung des Pools der infrage kommenden Fondsverwalter und Vereinfachungen auf Verwaltungsebene.

**BNP Paribas** ist wegen dubiosen Praktiken im Devisenhandel vom New Yorker **State Department of Financial Services (DFS)** zu einer Geldstrafe von 350 Millionen Dollar (310 Millionen Euro) verurteilt worden.